

⑬ BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND



DEUTSCHES
PATENTAMT

⑫ Offenlegungsschrift
⑩ DE 44 25 271 A 1

⑥ Int. Cl.⁸:
G 07 F 19/00
G 07 B 15/00
G 07 C 9/00

⑳ Aktenzeichen: P 44 25 271.4
㉑ Anmeldetag: 18. 7. 94
㉒ Offenlegungstag: 25. 1. 98

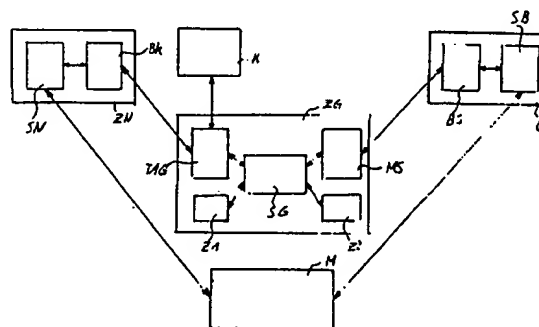
DE 44 25 271 A 1

㉓ Anmelder:
Alcatel SEL AG, 70435 Stuttgart, DE
㉔ Vertreter:
Graf, G., Dipl.-Ing., Pat.-Ass., 70563 Stuttgart

㉕ Erfinder:
Ehlert, Erhart, Dipl.-Ing., 71063 Sindelfingen, DE;
Beier, Wolfgang, Dipl.-Ing., 71263 Weil der Stadt, DE

⑤4 Verfahren und Geräteanordnung für einen gesicherten, anonymen Zahlungsverkehr

⑤7 Stand der Technik: Einschaltung eines Bürgen, der Verbindung zwischen Zahlungsgeber und Zahlungsnehmer schafft. Technisches Problem: Automatisierbare Ausgestaltung des Zahlungsverkehrs.
Grundgedanke: Zahlungsgeber zahlt mit vom Bürgen ausgestellter elektronischer Bürgschaft. Zahlungsnehmer löst elektronische Bürgschaft beim Bürgen ein. Bürge erneuert Bürgschaft nur gegen Erstattung des aufgewendeten Betrags.
Beispiel: Bezahlung von Straßenbenutzungsgebühren über Plaketten-Baken-System. Auffüllen des beim Bürgen geführten Plakettenkontos durch Datenaustausch über Mobilfunk. Abrechnung über Mobilfunkkonto.
Vorteil: Zahlungsgeber bleibt anonym gegenüber Zahlungsnehmer. Bürge erfährt nichts über den Zweck der Zahlung.



DE 44 25 271 A 1

Beschreibung

Die Erfindung betrifft ein Verfahren für einen gesicherten, anonymen Zahlungsverkehr nach dem Oberbegriff von Anspruch 1 und eine dafür geeignete Geräteanordnung nach dem Oberbegriff von Anspruch 6.

Die Broschüre "Mobilität gewinnen durch Verkehrsmanagement" der Alcatel SEL beschäftigt sich, wie der Titel zeigt, mit verschiedenen Fragen des Verkehrsmanagements. Im Bild 7 werden verschiedene Gebühren-
erfassungssysteme miteinander verglichen, darunter unter "Postpaid" ein als "verfahrens-anonym" bezeichnetes System, das durch eine Bürgschaftsübernahme gekennzeichnet ist. Nähere Einzelheiten sind dieser Broschüre nicht entnehmbar.

Der vorliegenden Erfindung liegt die Aufgabe zugrunde, den aufgezeigten Zahlungsverkehr automatisierbar auszugestalten.

Die Erfindung wird gelöst durch ein Verfahren nach der Lehre des Anspruchs 1 und eine Geräteanordnung nach der Lehre des Anspruchs 6.

Der Zahlungsgeber zahlt dabei mit einer vom Bürgen ausgestellten elektronischen Bürgschaft. Der Zahlungsnehmer löst diese elektronische Bürgschaft beim Bürgen ein. Der Bürge erneuert die Bürgschaft nur gegen Erstattung des aufgewendeten Betrags.

Eine für den in der o.g. Broschüre genannten Zweck des Verkehrsmanagements besonders vorteilhafte Ausgestaltung der Erfindung betrifft die Bezahlung von Straßenbenutzungsgebühren oder Parkgebühren über ein Plaketten-Bake-System. Das Auffüllen des beim Bürgen geführten Plakettenkontos erfolgt durch Datenaustausch über Mobilfunk. Die Abrechnung kann dann über das Mobilfunkkonto erfolgen.

Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß der Zahlungsgeber gegenüber dem Zahlungsnehmer anonym bleibt und der Bürge nichts über den Zweck der Zahlung erfährt.

Im folgenden wird die Erfindung anhand eines Ausführungsbeispiels unter Zuhilfenahme der bei liegenden Zeichnung weiter erläutert.

Die einzige Figur der Zeichnung zeigt die Geräteanordnungen eines Zahlungsgebers ZG, eines Zahlungsnehmers ZN, eines Bürgen B, eines Kontrolleurs K und eines Mittelsmanns M.

Die Geräteanordnung des Zahlungsgebers ZG weist ein Steuerteil SG, eine Plakette TAG, ein Mobiltelefon MS und zwei Zusatzeinrichtungen Z1 und Z2 auf.

Die Geräteanordnung des Zahlungsnehmers ZN weist eine Bake Bk und ein Steuerteil SN auf.

Die Geräteanordnung des Bürgen B weist ein Steuerteil SB und einen Anschluß an das Fernmeldenetz, hier als Mobilfunk-Basisstation BS bezeichnet, auf.

Die Geräteanordnungen des Kontrolleurs K und des Mittelsmanns M sind in der Zeichnung nicht näher spezifiziert.

Das Steuerteil SG des Zahlungsgebers ZG steht mit den übrigen Teilen seiner Geräteanordnung in Verbindung. Die Plakette TAG kann mit der Bake Bk des Zahlungsnehmers ZN und mit der Geräteanordnung des Kontrolleurs K in Verbindung treten. Das Mobiltelefon MS kann eine Datenverbindung zur Basisstation BS aufnehmen.

Das Steuerteil SN des Zahlungsnehmers ZN steht in Verbindung zur Bake Bk und kann Verbindung zur Geräteanordnung des Mittelsmanns M aufnehmen oder steht in fester Verbindung zu dieser.

Das Steuerteil SB des Bürgen B steht in Verbindung

zur Basisstation BS und kann Verbindung zur Geräteanordnung des Mittelsmanns M aufnehmen oder steht in fester Verbindung zu dieser.

Die Geräteanordnungen des Kontrolleurs K und des Mittelsmanns M sind für die Erfindung nicht zwingend erforderlich, ebenso wie die Zusatzeinrichtungen Z1 und Z2. Es ist auch prinzipiell unerheblich, welcher Art die Verbindungen zwischen Zahlungsgeber ZG und Zahlungsnehmer ZN und zwischen Zahlungsgeber ZG und Bürgen B sind. Prinzipiell könnten die Schnittstellen vom Zahlungsgeber ZG zum Zahlungsnehmer ZN und zum Bürgen B hin physikalisch identisch sein. Sie müßten sich aber im Protokoll unterscheiden. Die Geräteanordnung des Zahlungsgebers könnte also aus einer intelligenten Karte bestehen, wobei die Verbindungen durch Einstecken in Lesegeräte herzustellen wären.

Im vorliegenden Fall ist jedoch vorgesehen, die Verbindung zum Bürgen B hin als Mobilfunkverbindung auszugestalten. Dabei genügt es, wenn auf dieser Mobilfunkverbindung ein Datenaustausch möglich ist; auch ist es nicht erforderlich, den Zahlungsgeber ZG zu lokalisieren, da die für das erfindungsgemäße Verfahren erforderlichen Verbindungen immer vom Zahlungsgeber und damit von der Mobilseite ausgehen.

Die Verbindung zwischen Zahlungsgeber ZG und Zahlungsnehmer ZN basiert im vorliegenden Beispiel auf einem Plakettensystem, das ursprünglich entwickelt wurde, um per Fernabfrage die Individuen eines zu überwachenden Tierbestands zu identifizieren. Eine Weiterentwicklung dieses Plakettensystems wird derzeit bei den europäischen Eisenbahnen zur begleitenden Überwachung von Güterwagen und Frachtcontainern eingeführt.

Die ursprünglichen Plaketten, mit denen die Tiere in irgendeiner an sich bekannten Weise markiert wurden, waren so aufgebaut, daß sie beim Empfang von HF-Energie mit einer bestimmten Frequenz die empfangene Energie nutzen, um auf derselben Frequenz ein mit der Nummer der Plakette und somit der Nummer des markierten Tiers moduliertes Signal zurückzusenden. Abfragestationen konnten an Tränken, Wildwechseln oder Eingängen zu Pferchen angebracht sein. Sie mußten einen HF-Dauerstrich-Sender und einen HF-Empfänger mit Demodulator aufweisen, womit die Plaketten abgefragt und deren Nummern ausgewertet werden konnten.

Weiterentwicklungen der Plaketten gehen in verschiedene Richtungen. Durch mit enthaltene Batterien kann die Reichweite für eine sichere Abfrage erhöht werden oder es können Zusatzfunktionen verwirklicht werden. Der Empfang von HF-Energie ist dann nur noch Auslöser für die Abfrage. Andere Weiterentwicklungen gehen dahin, auch Daten in den Plaketten von der Abfragestation aus zu ändern. Die Abfragestationen selbst sind entsprechend weiter entwickelt. Die Grundversion und einige Weiterentwicklungen sind beschrieben, beispielsweise in den US-Patenten 4,739,328, 4,864,158, 5,030,807 und 5,055,659. Die zur Verwendung bei den europäischen Eisenbahnen vorgesehenen Plaketten haben etwa das Format einer Scheckkarte und sind einige Millimeter dick. Für die vorliegende Anwendung sind Kombinationen aus Plaketten und Abfragestationen erforderlich, mittels derer in beiden Richtungen Daten ausgetauscht werden können und zwar bei Abständen im Bereich von bis zu 20 bis 30 Meter. Die Verbindung zur Geräteanordnung des Kontrolleurs K erfolgt auf die gleiche Art.

Die Verbindungen zwischen Zahlungsnehmer ZN

und Mittelsmann M sowie zwischen Mittelsmann M und Bürgen B sind Datenverbindungen üblicher Art; auch ein Austausch von Datenträgern ist hier nicht ausgeschlossen.

Als Mittelsmann M ist hier alles zu verstehen, was der organisatorischen Abwicklung der von einer Vielzahl von Zahlungsgebern beanspruchten Dienste dient. Hier können Daten von mehreren gleichen Geräteanordnungen ein und desselben Zahlungsnehmers zusammenlaufen; hier können mehrere Zahlungsnehmer oder mehrere Bürgen oder beides zusammengefaßt sein; auch der Zahlungsverkehr zwischen Bürgen und Zahlungsgebern kann hier auf bankübliche Art abgewickelt werden.

Für das folgende werden Datensicherungsmechanismen unterstellt, wie sie z. B. bei Telefonkarten, Scheckkarten, Kreditkarten, Pay-TV-Teilnehmerkarten und ähnlichem bekannt sind.

Nachfolgend wird der für den erfindungsgemäßen Zahlungsverkehr erforderliche Datenaustausch am Beispiel der Erfassung von Straßenbenutzungsgebühren beschrieben. Die Geräteanordnung des Zahlungsgebers ZG ist in dessen Kraftfahrzeug installiert, die Geräteanordnung des Zahlungsnehmers ZN ist eine Gebührenerfassungsstelle oder Mautstelle, Bürge B ist hier der Betreiber eines Mobilfunknetzes.

Der Zahlungsgeber ZG erhält vom Bürgen B einen elektronischen Schlüssel, der den Bürgen B, nicht aber den Zahlungsgeber ZG kennzeichnet. Beim Vorbeifahren an einer Mautstelle Bk des Zahlungsnehmers meldet sich diese Mautstelle beim Zahlungsgeber ZG unter Nennung eines zu zahlenden Betrags oder eines Tarifs, aus dem fahrzeugseitig anhand einer Fahrzeugklasse der zu zahlende Betrag ermittelt werden kann. Der Empfang dieser Meldung wird nun vom Zahlungsgeber ZG mit dem elektronischen Schlüssel des Bürgen B an den Zahlungsnehmer ZN zurückgemeldet. Der Zahlungsnehmer ZN kann nun den geschuldeten Betrag vom Bürgen B fordern. Der Zahlungsgeber ZG meldet dem Bürgen B, in welcher Höhe er seine Bürgschaft in Anspruch genommen hat, woraufhin ihm dieser diesen Betrag in Rechnung stellt und auf übliche Weise mit ihm verrechnet.

Der Datenaustausch zwischen Zahlungsgeber ZG und Zahlungsnehmer ZN muß zwingend einzelfallbezogen sein, während zwischen Zahlungsnehmer ZN und Bürgen B und zwischen Zahlungsgeber ZG und Bürgen B die Beträge in aufsummierter Form ausgetauscht werden können.

Hier sind nun die verschiedensten zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen möglich:

Die Erfassung von Verkehrsteilnehmern, die keine Bürgschaft nachweisen und auch sonst nicht auf andere Weise bezahlen, kann auf jede herkömmliche Art, wie Schranken oder photographische Überwachung erfolgen. Weniger aufwendig und nahezu genauso erfolgreich sind stichprobenartige Überwachungen durch Kontrolleure K. Hierzu wird von der Mautstelle Bk eine Quittung an den Zahlungsgeber zurückübermittelt, die er auf Anforderung durch einen Kontrolleur an diesen sendet.

Der Schlüssel des Bürgen kann auf einen Garantiebetrag begrenzt sein und im Steuerteil SG des Zahlungsgebers ZG automatisch gesperrt werden, wenn der an den Bürgen zu meldende Betrag sich soweit aufsummiert hat, daß der Garantiebetrag überschritten ist.

Der Schlüssel des Bürgen kann zeitlich begrenzt sein und nur nach erfolgtem Datenaustausch zwischen Zahlungsgeber ZG und Bürgen B und gegebenenfalls erst nach Begleichung der Rechnung erneuert werden.

Zwischen Zahlungsgeber und Zahlungsnehmer wie auch zwischen Zahlungsgeber und Bürgen können zusätzliche Daten ausgetauscht werden, durch die die völlige Anonymität durch eine Typisierung ersetzt wird. Dem Zahlungsnehmer wird damit z. B. ein Fahrzeugtyp, dem Bürgen z. B. eine Region genannt. Damit ist ein gewisser Datenabgleich, z. B. beim Mittelsmann M, möglich.

Die Anonymität kann auch dadurch erreicht werden, daß zwar alle relevanten Daten weitergereicht werden, dies jedoch in einer derart verschlüsselten Weise, daß der Datenabgleich nur bei einer neutralen verschwiegenen Stelle erfolgen kann und möglicherweise nur so, daß eine entschlüsselte Freigabe der Daten dann völlig ausgeschlossen ist, wenn ein Zahlungsvorgang ordnungsgemäß abgeschlossen ist.

Durch Zusatzeinrichtungen wie Z1 und Z2 können die bei den Zahlungsvorgängen durch die Mautstellen erhaltenen Daten, insbesondere die Positions- und Zeitangaben, ergänzt und weiter benutzt werden. Beispielsweise können die aktuellen Positionen über Mobiltelefon an die Zentrale einer Spedition gemeldet werden. Durch Empfang von Verkehrsmeldungen über ein Radio-Daten-System und unter Berücksichtigung des von einer Mautstelle genannten aktuellen Tarifs kann eine günstigere Route ausgewählt werden. Die Positionsangaben der Mautstellen können zur Auswahl einer Karte aus einem elektronischen Kartenwerk verwendet werden. Auch eine Kombination mit dem Global Positioning System GPS ist möglich.

Patentansprüche

1. Verfahren für einen gesicherten, anonymen Zahlungsverkehr unter Einschaltung eines Bürgen (B), der die Verbindung zwischen einem Zahlungsgeber (ZG) und einem Zahlungsnehmer (ZN) schafft, dadurch gekennzeichnet, daß der Zahlungsgeber (ZG) einen den Bürgen (B) und seine Bürgschaft kennzeichnenden elektronischen Schlüssel erhält, daß der Zahlungsgeber (ZG) die eine Zahlung betreffenden, ihm von einem Zahlungsnehmer (ZN) übermittelten Daten mit dem Schlüssel des Bürgen (B) an den Zahlungsnehmer (ZN) zurückübermittelt, womit sich der Zahlungsnehmer (ZN) gegenüber dem Bürgen (B) ausweisen und die Zahlung einfordern kann, daß der Zahlungsgeber (ZG) aus den die Zahlung betreffenden Daten die Höhe der Zahlung ausfiltert und dem Bürgen (B) zur Belastung eines beim Bürgen (B) geführten Kontos des Zahlungsgebers (ZG) weiterübermittelt.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Zahlungsnehmer (ZN) nach Erhalt des Schlüssels des Bürgen (B) eine mit einem Schlüssel des Zahlungsnehmers (ZN) versehene Quittung an den Zahlungsgeber (ZG) übermittelt.

3. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Bürge (B) den elektronischen Schlüssel erneuert, wenn durch Datenabgleich zwischen dem Zahlungsgeber (ZG) und dem Bürgen (B) festgestellt wurde, daß alle durch Nennung des Bürgen (B) erfüllten Forderungen von Zahlungsnehmern (ZN) an den Zahlungsgeber (ZG) an den Bürgen (B) der Höhe der Zahlungen nach übermittelt wurden.

4. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Zahlungsnehmer (ZN) durch mindestens eine an einer Verkehrseinrichtung instal-

lierten Bake (Bk) mit einer im Fahrzeug des Zahlungsgebers (ZG) angebrachten, zum Datenaustausch mit einer solchen Bake geeigneten Fahrzeugeinheit (TAG) die erforderlichen Daten austauscht.

5. Verfahren nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß der Zahlungsgeber (ZG) den mit dem Bürgen (B) erforderlichen Datenaustausch über ein mit seiner Fahrzeugeinheit verbundenes Mobiltelefon (MS) abwickelt.

6. Geräteanordnung für einen gesicherten, anonymen Zahlungsverkehr unter Einschaltung eines Bürgen (B), der die Verbindung zwischen einem Zahlungsgeber (ZG) und einem Zahlungsnehmer (ZN) schafft, dadurch gekennzeichnet, daß die Geräteanordnung des Zahlungsgebers (ZN) eine erste Schnittstelle (MS) zum Datenaustausch mit dem Bürgen (B) und eine zweite Schnittstelle (TAG) zum Datenaustausch mit dem Zahlungsnehmer (ZN) aufweist, daß die erste Schnittstelle (MS) zum Austausch elektronischer Schlüssel und die Höhe einer Zahlung betreffender Daten ausgestaltet ist und daß die zweite Schnittstelle (TAG) zum Austausch von einer Zahlung betreffenden Daten ausgestaltet ist.

7. Geräteanordnung nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, daß die erste Schnittstelle (MS) zumindest den für den Datenaustausch erforderlichen Teil eines Mobiltelefons enthält und daß die zweite Schnittstelle (TAG) eine zum Datenaustausch mit an Verkehrseinrichtungen installierten Baken (Bk) geeignete Fahrzeugplakette ist.

Hierzu 1 Seite(n) Zeichnungen

- Leerseite -

